Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 57 (1963)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Ausbau der NATO ; Amerikas Führungsanspruch ; "Ich kann nicht verstehen" ; Von Adenauer zu Erhard ; Kaschmir, China und Südostasien ; Afrika geht seinen Weg ; Johannes XXIII

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140792

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wird, oder sich damit abzufinden, daß Resultate seiner wissenschaftlichen Arbeit unterschlagen werden (cui bono?), noch die Machtvollkommenheit und Unverletzlichkeit irgendeines Komitees (AEC!) anzuerkennen. Die neue Möglichkeit zu wissenschaftlicher Arbeit erhält er denn auch nicht an einer Hochschule in Amerika, sondern an einer unabhängigen, von amerikanischen Missionsgesellschaften gegründeten Frauenuniversität in Hiroshima, und dies nicht *trotz* seiner Tätigkeit in der «Phönix»-Affäre, sondern als *Anerkennung seiner kompromißlosen Haltung.*

Die Krönung der aufopfernden und pionierhaften Aktion Dr. Reynolds bringt schließlich das einstimmige Verdikt der Appellationskammer, die seine zweite Verurteilung kassiert.

Es lautet, aus der juristischen Terminologie in gewöhnliche Sprache übersetzt: «Die gesetzliche Vorschrift der Atomenergiekommission, welche das Eindringen in die sogenannte verbotene Zone untersagte, war ungültig. Die Verhaftung und Verurteilung (Dr. Reynolds') waren darum illegal. Diese Verfügung gilt auch für den Fall der ‚Golden Rule'. . .» Die Frist, während welcher die USA-Regierung (lies AEC) den Fall an das Bundesgericht (Supreme Court) weiterziehen konnte, ist abgelaufen. Die AEC und mit ihr die amerikanische Regierung hat verloren.

Ein Bericht, wie ihn «Die verbotene Fahrt» bietet, ist eine rechte Stärkung im Kampf gegen die heutige lähmende Kleinmütigkeit. Man muß wünschen, daß dieser Geist gleichen Opfermut und gleiches Durchhaltevermögen in allen «freien» Nationen wecke. Red.

WELTRUNDSCHAU

Ausbau der NATO Die Hoffnung der Völker auf endliche Abrüstung wird immer wieder enttäuscht. Die sogenannte Abrüstungskonferenz in Genf entwickelt sich mehr und mehr zu einem herausfordernden Ärgernis, ja einem Possenspiel mit düsterem Hintergrund; sogar die Einstellung der Kernwaffenversuche, die doch das mindeste wäre, worüber man sich einigen sollte, wird wochen- und monatelang nur beschwatzt, aber nie beschlossen, und die Völker lassen es sich einfach gefallen. Dafür hat die Frühjahrskonferenz der *Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO)*, die jüngst in Ottawa abgehalten wurde, «positive Arbeit geleistet», indem sie eine Verstärkung und zugleich Umgruppierung der westmächtlichen Atomarstreitkräfte «zur Verteidigung Europas» beschloß. Ursprünglich war freilich mehr geplant. Die Vereinigten Staaten taten so, als wollten sie dem Drängen ihrer westeuropäischen Verbündeten

nach Beteiligung an der Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen nachgeben und den Unwillen einigermaßen beschwichtigen, den das eigenmächtige und gefährliche Vorgehen Kennedys in der Kuba-Angelegenheit hervorgerufen hatte. Sie warfen den Gedanken in die Auseinandersetzung, es sei eine «multilaterale» oder «integrierte Nuklearmacht» — auf anständiges Deutsch also eine vereinheitlichte Kernwaffenmacht — aufzubauen, die aus Unterseekreuzern oder Oberflächenschiffen mit national gemischten Besatzungen gebildet würde. Der Vorschlag wurde aber bald wieder fallengelassen; es blieb bei dem Grundsatz, daß keine Atommacht die Verfügung über die von ihr entwickelten und verwahrten Waffen an die NATO oder eines ihrer Mitglieder abtreten müsse. Und im Grund sind damit auch die meisten NATO-Regierungen ganz zufrieden, mit Ausnahme wohl derjenigen von Bonn, die auf diesem Weg verstärkten Einfluß auf den Einsatz von Kernwaffen zu gewinnen hoffte.

Die gewünschte Vereinheitlichung der atomaren Kriegführung mußte also auf andere Weise gesucht werden, und man fand denn auch den genialen Ausweg, die nichtamerikanischen und nichtbritischen NATO-Mitglieder in der Art an der Kernwaffenstrategie zu beteiligen, daß man einen neuen stellvertretenden Oberbefehlshaber der NATO-Kernwaffenorganisation zu ernennen beschloß, dem die *Zielsetzung* für Kernwaffenangriffe anvertraut würde unter Beteiligung aller NATO-Staaten. Der *Einsatz* der Kernwaffenmacht bleibt selbstverständlich von einem Befehl des amerikanischen Präsidenten abhängig; aber immerhin: die Regierungen der übrigen NATO-Staaten dürfen in Zukunft wie diejenige Großbritanniens, das dieses Vorrecht schon bisher hatte, mitraten und beschließen, wenn es gilt, die Ziele der westlichen Atombomber und Raketen festzusetzen. Das stelle, wie sich zum Beispiel die «Neue Zürcher Zeitung» aus Ottawa berichten ließ «sowohl eine technische Verbesserung wie einen politischen Fortschritt» dar; die Zielplanung sei eben «in der Verteidigung (!) mit Nuklearwaffen von größter strategischer und politischer Bedeutung». Ob sich die westeuropäischen Bundesgenossen der USA von solcher Schönfärberei beeindrucken lassen, erscheint aber mehr als fraglich. Frankreich setzt jedenfalls die Entwicklung seiner eigenen Kernwaffen unbeirrt fort («Mirage 4»-Flugzeuge als Träger der Atombombe, ferngelenkte Raketen, Wasserstoffbomben usw.). Im Budget für 1963 sind dafür 13 Prozent der militärischen Gesamtausgaben vorgesehen; bis 1970 sollen es 25 Prozent werden. Und die «Washington Post» wird kaum falsch unterrichtet sein, wenn sie bemerkt, hohe Beamte der westdeutschen Regierung seien «überzeugt, daß, sobald Frankreich seine primitive Atombombe habe, das deutsche Begehren nach dem gleichen unwiderstehlich werde». Solche Aussichten eröffnen sich uns! Statt Abrüstung — noch immer gesteigertes Wettrüsten, bis hin zum unvermeidlichen Ende . . .

Amerikas Führungsanspruch Mit der *wirtschaftlichen* Einigung der Westmächte steht es womöglich noch bedenklicher. Alle Versuche, Großbritannien in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hineinzubringen und damit Amerikas Gewicht zu verstärken, sind bisher fehlgeschlagen; die Genfer Konferenz der Organisation für Handels- und Zollvereinbarungen (GATT) aber ist infolge der amerikanischen Ansprüche beinahe in die Luft geflogen und mußte ziemlich ergebnislos auf 1964 vertagt werden. Was schließlich die *politische* Seite der Lage im Westbund betrifft, so ist an der Konferenz von Ottawa die übliche «vollkommene Übereinstimmung» unter den Vertretern der NATO-Staaten festgestellt worden. Die inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion und ihr Zerwürfnis mit China, so hieß es, änderten nichts daran, daß die Kriegsgefahr aus dem Osten nicht abgenommen habe und die Verstärkung der vereinten Abwehrkraft der «freien Welt» oberstes Gebot bleibe. Die NATO sei ein unteilbarer Dauerbund, der sich auch weiterhin auf die «unauflösliche gegenseitige Abhängigkeit zwischen Amerika und Europa» gründe. Präsident Kennedy wird denn auch sicher nicht verfehlen, bei seinem bevorstehenden Besuch in Europa dieses Thema in allen möglichen Abwandlungen weiterzuentwickeln. Sein Grundgedanke bleibt dabei der gleiche, den der ehemalige amerikanische Wehrmachtsminister Forrestal in dem eingerahmt in seinem Arbeitszimmer hängenden Spruch ausgedrückt hatte: «Wir werden niemals allgemeinen Frieden haben, bis nicht die stärkste Armee und die stärkste Flotte in den Händen der friedlichsten Nation sind» — in den Händen also, wie es noch heute oberster amerikanischer Glaubenssatz ist, der Vereinigten Staaten. *Sie* sind es ja, die im großen Friedens- und Freiheitskampf mit dem kommunistischen Weltherrschaftsstreben die Führung beanspruchen und vor allem Westeuropa vor der Überflutung durch das asiatische Barbarentum schützen wollen. Und doch haben die Vereinigten Staaten ihren Führungsanspruch schon heute verwirkt, wie an dieser Stelle mehr als einmal dargelegt wurde. «In Washington», so schreibt Anthony Verrier im «New Statesman» (17. Mai), «gesteht man sich jetzt bewußt, wenn auch noch verschleiert, ein, daß das Ideal der atlantischen Gemeinschaft tot ist. Nassau und der 14. Januar (das Treffen Kennedys mit Macmillan auf den Bahama-Inseln und die berühmte Pressekonferenz de Gaulles. H. K.) haben es getötet, und der deutsch-französische Vertrag hat es begraben. Seither sind verschiedene Pläne für eine annehmbare NATO-Abschreckungsmacht vorgeschlagen worden. Alle haben versagt, aber — und das ist das Neue — Präsident Kennedy macht sich darüber keine besonderen Sorgen ... Wie sehr auch die NATO dahinserbeln mag — daß er und Chruschtschew strategisch ‚auf der gleichen Welle senden', ist ein heilsamer Gedanke, der seine Politik in zunehmendem Maße beherrscht. Solange die Genfer Abrüstungskonferenz für einen privaten Meinungsaustausch zwischen Amerika

und der Sowjetunion über Europas Zukunft benützt werden kann (wenn schon nicht für ein Verbot der Kernwaffenversuche), wird Kennedy wahrscheinlich die Nato ruhig absterben lassen*.»

Das mag etwas zugespitzt ausgedrückt sein — im Grund scheinen sich die Dinge aber wirklich so zu entwickeln. Nur heißt das nicht, daß die wirtschaftlich wie politisch herrschende *Oberschicht in den Vereinigten Staaten* ihren Führungsanspruch überhaupt fallengelassen hätte. Davon kann keine Rede sein; die amerikanische «Power Elite», die machthabende Oberklasse, die die Spitzen von Wirtschaft, Militär und Staat in sich vereinigt und aus der auch Kennedy stammt, ist nur in einer taktischen Umgruppierung begriffen, verfolgt aber ihr Ziel so tatkräftig und rücksichtslos wie nur je. Um was es ihr geht — auf Reichtum gegründete Macht — geht eindrücklich aus einer Liste von 586 leitenden Männern der amerikanischen Großindustrie hervor, deren Einkommen «U. S. News & World Report» (13. Mai) nach amtlichen Quellen festgestellt hat. 6 davon «verdienten» im Jahr 1962 500 000 Dollar oder mehr (ein Dollar hat in den Vereinigten Staaten mindestens die Kaufkraft von zwei Franken in der Schweiz). 8 Herren bezogen 400 000 bis 500 000 Dollar, 11 zwischen 300 000 und 400 000 Dollar, 60 zwischen 200 000 und 300 000 Dollar, 309 zwischen 100 000 und 200 000 Dollar, während die untersten 192 ganze 41 000 bis 100 000 Dollar einsteckten. Die höchstbezahlten Präsidenten, Vizepräsidenten, Direktoren usw. finden sich in der Automobilindustrie (General Motors, Ford und dergleichen); der Verwaltungsratspräsident der General Motors, F. G. Donner, brachte es 1962 auf nicht weniger als 791 000 Dollar. Aber auch in anderen Wirtschaftszweigen wird an der Spitze märchenhaft Geld gescheffelt, so in der Petrol- und der Stahlindustrie, in der Elektrizitätsindustrie, in der Chemie, im Lebensmittelgeschäft. 236 Wirtschaftsbarone verdienten im Jahr 1962 durchschnittlich 13 Prozent mehr als im Jahr zuvor; 78 mußten sich eine Verminderung um durchschnittlich 9,2 Prozent gefallen lassen, während 73 gerade soviel bezogen wie im vorhergegangenen Jahr. Im Durchschnitt ergab das eine Einkommens*erhöhung* von 6,3 Prozent (8796 Dollar) gegenüber 1961.

Daß eine Wirtschaft und Gesellschaft, in der solcher Frevel mög-

---

* «U. S. News & World Report» (3. Juni) stellt immerhin fest, daß man in Washington kein *offenes* Auseinanderfallen des Westblocks wünsche. Die Vereinigten Staaten hätten an der Konferenz in Ottawa außerordenliche Anstrengungen unternommen, um das zu verhindern. Das Ergebnis sei gewesen: «Es kam zu keinem festen Handeln in Fragen, die schon längst als dringlich erachtet wurden. Ein Konferenzteilnehmer sagte: ‚Wieder einmal ist eine Krise auf Kosten irgendeines wirklichen Fortschritts vertagt worden.‘ ... Kurz: Die Vereinigten Staaten sind *gegenwärtig* nicht bereit, es darauf ankommen zu lassen, daß der Westbund in eine politische Krise gestürzt wird. Der Bund erscheint dafür zu wacklig ... Tatsache ist; der Atlantikbund ist von so schwacher Gesundheit, daß verschiedene westliche Führer ihm Vitamine verabreichen.» Das schreibt, wohlgemerkt, ein sehr regierungstreues, aber zuweilen offenherziges Wochenblatt in den Vereinigten Staaten.

lich ist und für Millionen Menschen bis tief hinein in die Arbeiterschaft die Erreichung des höchsten Lebensideals darstellt, durch und durch verdorben, krank, abbruchreif ist, bedarf keiner weiteren Worte. Dies besonders nicht für denjenigen, der weiß, daß fast 65 Millionen Menschen (37 Prozent der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten) ein Einkommen haben, das erheblich unter dem von der Sozialstatistik errechneten Existenzminimum von rund 6000 Dollar für eine vierköpfige Familie liegt. Und doch wirft sich die nordamerikanische Union zur Vorkämpferin einer «freien Welt» auf, die grundsätzlich nach dem gleichen Modell aufgebaut ist wie sie; ja sie maßt sich obendrein noch an, die unterentwickelten, halb- oder ganzkolonialen Völker emporzuheben, die keine freie Wirtschaft nach USA-Vorbild und keine mehr als zweifelhafte politische Demokratie westlicher Prägung wollen, sondern vor allem einmal Freiheit von Armut, Not, Krankheit und Unwissenheit.

«Ich kann nicht verstehen» Wie wollen auch die Vereinigten Staaten die «zurückgebliebenen Länder» — etwa ihre lateinamerikanischen Nachbarn — durch Wirtschaftspläne und Militärhilfe vorwärts bringen, wenn sie gerade aus deren Rückständigkeit seit Jahrzehnten größten Nutzen ziehen? Wie sollen zum Beispiel die *Kubaner* glauben, daß die Nordamerikaner ihnen «nur die Freiheit wiedergeben» wollen, die sie früher gehabt hätten — zuletzt unter dem USA-hörigen Diktator Batista —, wenn sie sehen, wie stärkste kapitalistische Kräfte in den Vereinigten Staaten die Regierung drängen, Kuba wieder gewaltsam dem privaten Unternehmertum zu öffnen, und wenn die Regierung in aller Form klarstellt, daß sie niemals der Sowjetunion gegenüber einen Verzicht auf die Eroberung Kubas ausgesprochen habe? Und erst die anderen lateinamerikanischen Länder, die noch tief in halbfeudalen, roh-kolonialen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen stecken — wie sollen die vertrauen können, daß das Heil ihnen vom Norden kommen werde?

Nehmen wir *Chile*. Vor 150 Jahren, im Jahr 1810, hat es den Kampf um seine politische Unabhängigkeit von Spanien begonnen. Es hat *diese* Unabhängigkeit auch (mehr oder weniger) erreicht. Aber *wirtschaftlich* lebt der Großteil der chilenischen Bevölkerung in einer oft geradezu sklavenhaften Abhängigkeit. Das beste Ackerland gehört einheimischen Großgrundbesitzern und fremden Bergwerksgesellschaften, die sich auch weite landwirtschaftliche Bodenflächen angeeignet haben. 4,1 Prozent der Bevölkerung — die Reichen — sind so im Besitz von 52,9 Prozent des anbaufähigen Bodens und von 72,6 Prozent tatsächlich genutzten Bodens. Die Landarbeiter aber haben nur während eines Teils des Jahres Beschäftigung, bei einem Lohn von anfangs 1000 Peseten (etwa Fr. 1.60 nach unserem Geld) im Tag. Die Menschen strömen darum haufenweise in die Städte, wo sie im

besten Fall zu einem Spottlohn Arbeit finden. Frauen und Kinder können betteln gehen. Ihre Behausungen sind gewöhnlich jene staubigen, verschlammten, schmutzigen Elendssiedlungen am Stadtrand, die ein Nordamerikaner kürzlich als «trostlos» beschrieben hat. «Rings umher, soweit das Auge sehen kann, Reihen und Reihen von Notbaracken. Einige sind von den Bewohnern erstellt worden, andere im Auftrag der Regierung von einer Wohnbauunternehmung. Sträucher oder Büsche sieht man nur wenige, Bäume überhaupt nicht in dieser flachen, ausgedörrten, staubbedeckten Landschaft» (Scott Nearing, «Monthly Review», Mai 1963).

Dabei sind Städte wie Santiago und Valparaiso glanzvolle Mittelpunkte von Handel und Industrie mit prächtigen Geschäftsgebäuden, Banken, Warenhäusern, Verkaufsläden, Luxushotels usw. Der Gegensatz zu den Barackenvierteln, so bemerkt der amerikanische Beobachter, ist nur um so unerträglicher. Aber das seien eben «die typischen Ergebnisse und Wirkungen des kapitalistischen Imperialismus, wie sie sich in den unterentwickelten Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas zeigen. Ich kann nicht verstehen, wie irgendein Mensch von Verstand und Wohlwollen die grausigen Fehlleistungen einer auf Konkurrenz und freiem Unternehmertum aufgebauten Gesellschaft mitansehen oder auch nur davon lesen kann, ohne sich klar darüber zu sein, daß weder die Vereinigten Staaten noch sonst eine von den kapitalistischen Mächten eine Antwort weiß, die das chilenische Volk oder ein Volk in irgendeinem anderen Teil der unterentwickelten Welt zufriedenstellen kann.»

Auch den Führern der katholischen Kirche in Lateinamerika scheinen diese Zustände unerträglich zu werden. Die römisch-katholischen Bischöfe von Chile haben jedenfalls im letzten Jahr unter dem Titel «Die soziale und politische Pflicht in der jetzigen Stunde» eine Kundgebung veröffentlicht, in der es heißt: «Für eine in den Städten zusammengeballte Bevölkerung ist es sehr leicht, zu übersehen, wie es auf dem Lande steht, aber ein beträchtlicher Teil unseres Volkes lebt dort von Armut niedergedrückt und in abscheulichen Verhältnissen ... Die Lage einer großen Zahl von Familien, die keine anständige Behausung haben und in den Armenvierteln unserer Städte übereinandergeschichtet sind, ist nicht besser ... Ein Zehntel der Bevölkerung Chiles bezieht rund die Hälfte des Volkseinkommens, während die übrigen neun Zehntel mit der anderen Hälfte auskommen müssen ... Die schlechte Verteilung des chilenischen Reichtums drückt sich in der Unterernährung des Volkes aus ... Armut, Unwissenheit und Verzweiflung breiten sich vor aller Augen aus.»

In den «Cahiers de la Réconciliation» (Paris, Maiheft) bestätigen Hans und Hildegard Goß-Mayr die sozialfortschrittliche Haltung der katholischen Kirche in Chile. Sie habe als erste aller lateinamerikanischen Kirchen beschlossen, ihre Verbindung mit der besitzenden

Klasse zu brechen. Besonders hervorgehoben wird die Arbeit des Bischofs Larrain von Talca, die durch einen für die sozialen Fragen sehr aufgeschlossenen jungen Klerus und eine ausgezeichnete, von Jesuiten geleitete Forschungsstelle für Soziologie unterstützt werde. Um so brutaler sei die Politik der beiden Hauptparteien, der Konservativen und der Fortschrittspartei, die sich beide auf ihr Christentum berufen. Eine kleine Gruppe protestantischer Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes habe ihre Zusammenkünfte einstellen müssen; sie wurde von der Behörde als «kommunistisch» erklärt...

Aus den Vereinigten Staaten wird natürlich das in Chile herrschende System trotz der famosen «Allianz für den Fortschritt» kräftig unterstützt. Daß aber die traurigen Zustände, die es gezeitigt hat, mit der vielgerühmten «freien Wirtschaft» nicht überwunden werden können, daß dafür eine wirkliche Umwälzung der Besitz- und Produktionsordnung nötig ist, liegt für jeden unbefangenen Beurteiler auf der Hand. Und in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern herrschen noch trostlosere Verhältnisse als in Chile!

Von Adenauer zu Erhard Machen wir einen Sprung von Lateinamerika nach *Westdeutschland* und fragen uns, wie es dort mit den Zukunftsaussichten steht. Die «freie», das heißt die kapitalistische Wirtschaft blüht in der Bundesrepublik nach wie vor aufs üppigste, wenn schon es an Zeichen nicht fehlt, daß des Wohllebens ungemischte Freude auch den deutschen Wunderkindern nicht ewig zuteil werden wird. Der westdeutschen Sozialdemokratie geht jedenfalls die Vorstellung gänzlich ab, daß es überhaupt noch ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsideal geben könne als dasjenige der «sozialen Marktwirtschaft» des Herrn Erhard. An der von ihr (schamloserweise!) veranstalteten Feier ihres hundertjährigen Bestehens lehnte der Festredner, Professor Carlo Schmid, neuerdings die Sozialisierung der großen Wirtschaftsmittel glatt ab. Gemeinbesitz an gewissen Schlüsselindustrien, so fand er, könne zwar seinen Nutzen haben; im übrigen aber sei das Privateigentum «Voraussetzung dafür, daß der Einzelne sein persönliches Dasein in vollem Umfang sittlich zu verantworten vermag». Wobei er sicher nicht nur das Privateigentum an Verbrauchsgütern meinte, das in der Bundesrepublik kaum jemand abschaffen will, sondern vor allem das Eigentum an den Produktionsgütern und Verteilungsmitteln, betonte er doch gleichzeitig die «Freiheit des Unternehmertums», für die sich die Sozialdemokratie einsetze, wenn sie auch in der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht eine Gefahr sehe, der durch demokratische Kontrolle (durch die vom Großkapital beherrschte Regierung?) begegnet werden müsse.

Ins gleiche Horn stößt der westdeutsche Gewerkschaftsbund, der in seinem Entwurf zu einem neuen «Grundsatzprogramm», dem

sozialdemokratischen Vorbild folgend, alles, was nach Sozialismus aussieht, entschlossen und endgültig über Bord wirft und damit das «Hineinwachsen der organisierten Arbeitnehmer in das demokratische Staatswesen und die freie Gesellschaft» als abgeschlossen erklärt. Da die Kommunistische Partei in Westdeutschland verboten ist, beschränkt sich so die Vertretung sozialistischer Ideale und Wahrheiten auf kleine, ohnmächtige Minderheitsgruppen, die zudem noch einer einheitlichen weltanschaulichen Ausrichtung entbehren und von den freidenkerischen Marxisten bis zu den (in der Bundesrepublik sehr weit rechts stehenden) religiösen Sozialisten reichen.

Und doch wäre eine zielklare, grundsatztreue sozialistische Oppositionsbewegung in Westdeutschland so nötig wie das tägliche Brot. Denn daß es mit dem politischen Kurs, der von *allen* im Parlament vertretenen Parteien getragen wird, nicht mehr lange weitergeht, das ist ja mit Händen zu greifen. «Die Ära Adenauer», so stellt A. von Boerries in den Kölner «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Maiheft) fest, «geht so grau, so krisenhaft und unrühmlich zu Ende, wie es sich nicht einmal die hellsichtigsten und schärfsten Kritiker des bisherigen Bundeskanzlers vorgestellt haben mögen ... Mit der, wie man, durch Erfahrung gewitzigt, sagen möchte, vorläufig-endgültigen Berufung Professor Erhards zum Kanzlernachfolger ist das personelle Problem vorerst gelöst — um so deutlicher werden nun die Konturen der Sachprobleme, vor denen der Nachfolger steht ... Position um Position der bisherigen Bundesregierung zerfällt. Das Fiasko der antisowjetischen Aufrüstungspolitik hat sich schon früh abgezeichnet; es steht heute bereits außer Diskussion ... Und damit nicht genug: auch die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik ist in Bewegung geraten. Aus alledem ergibt sich, daß wichtiger noch als die Frage nach einem neuen Mann längst die nach einem neuen *Kurs* geworden ist — und jeder neue Mann wird sich politisch erst legitimieren müssen durch eine solche neue Konzeption.»

Wirklich, mit Fortwursteln, Notstandsgesetzen, Verhaftungen, Prozessen und sonstiger Unterdrückung einer echten Opposition ist es nicht mehr getan. Aber wo sind in der Bundesrepublik die Kräfte, die eine *neue* Politik tragen und durchsetzen könnten? Sie sind nirgends zu finden. Und die Folge ist eine gelinde Verzweiflung, eine fast rührende Ratlosgikeit, wie sie sich offenbar in nicht gering zu achtenden Kreisen des westdeutschen Volkes ausbreitet. Als Ausdruck dieser Stimmung seien hier ein paar Sätze aus einem Brief wiedergegeben, den mir kürzlich ein sehr gebildeter und erfolgreicher Geschäftsmann in der Bundesrepublik schickte. «Leider», so bekennt er, «verschlägt es mir jedesmal Stimme und Gehör, wenn ich auf unseren bundesrepublikanischen Alltag sehe. Oft will mir scheinen, daß Dummheit und Blindheit ansteckend sind und wir Deutschen darin unbewußt und dumpf eine verhängnisvolle Mission erfüllen ...

Das verantwortungslose Gefasel der offiziellen Presse mutet an, als wären nur Narren und Unmündige berechtigt, Meinung, ja Stimmung zu machen. Stimmung wofür? Für ein Hirngespinst, für den Krieg, als ob er vor der Tür stünde. Das nenne ich den Teufel an die Wand malen. Und wenn's noch eine Weile so geht, dann werden wir ihn haben und brauchen nicht überrascht zu sein.»

Kaschmir, China und Südostasien Und nochmals ein Sprung auf der Weltkarte: nach *Indien* und *Pakistan*. Die Westmächte, vor allem die Vereinigten Staaten und Großbritannien, haben mit dem Scheitern der seit Dezember 1962 geführten indisch-pakistanischen Verhandlungen über *Kaschmir* eine empfindliche Schlappe erlitten. Der leidige Streit um Kaschmir geht ja bis auf die Erlangung der Unabhängigkeit durch Indien im Jahr 1947 zurück. Damals erhob sich ein Teil der mehrheitlich mohammedanischen Bevölkerung Kaschmirs gegen den hinduistischen Beherrscher des Fürstentums und sein gewalttätiges Regiment. Um sich am Ruder zu halten, verkündete der Maharadscha den Anschluß an Indien. Daraus entwickelte sich ein häßlicher Krieg zwischen Indien und Pakistan, an dessen Ende (Anfang 1949) die Teilung Kaschmirs stand: der Norden und ein schmaler Streifen im Westen waren von Pakistan besetzt, während der Großteil des Landes, besonders das fruchtbare Tal von Srinagar, bei dem vorerst selbständigen Kaschmir blieb und später von Indien an sich gerissen wurde.

Seither sind Indien und Pakistan heftig verfeindet. Indien erklärte sich neutral; Pakistan wurde Mitglied der Südostasiatischen Vertragsorganisation (SEATO) und wurde ein wichtiger Stützpunkt für die asiatische Politik und Strategie der Vereinigten Staaten. (Von Nordwestpakistan aus unternahm übrigens auch der amerikanische Pilot Powers im Jahr 1960 seinen berühmten U-2-Spionageflug über die Sowjetunion.) Als nun 1962 Indien mit *China* zusammenstieß, boten ihm die Vereinigten Staaten und England ausgiebige Waffenlieferungen an, unter der Bedingung jedoch, daß die Waffen ausschließlich gegen China verwendet würden. In Pakistan machte die westmächtliche Militärhilfe begreiflicherweise böses Blut; man beschuldigte Amerika und England des Verrates an ihrem pakistanischen Verbündeten, da Indien seine verstärkte Rüstung ja doch früher oder später auch — oder gar nur — gegen Pakistan einsetzen werde. Um Pakistan zu beschwichtigen, übten Amerika und England den kräftigsten Druck auf Indien aus, um es zu einer Verständigung mit Pakistan über Kaschmir zu bewegen — ohne Erfolg freilich, da sich Indien unbedingt weigerte, irgendwelche gebietlichen Zugeständnisse an seinen Nachbarn zu machen, und auch von einer Internationalisierung des Tales von Srinagar nichts wissen wollte, die solange dauern sollte, bis sich die Bevölkerung der Landschaft darüber ausgesprochen hätte, zu welchem Staat sie künftig gehören wolle.

Der Plan der beiden angelsächsischen Mächte, Indien gegen China aufzurüsten und Pakistan auf ihrer Seite zu halten, war damit gescheitert. Auf der einen Seite hatte sich die nationalistische Hitze in Indien erheblich abgekühlt, hatte man doch immer deutlicher erkannt, daß Indien auch mit westlicher Hilfe viel zu schwach wäre, um den Chinesen die von ihnen beanspruchten und besetzten Gebiete gewaltsam zu entreißen. Anderseits hatte Pakistan mit China ein Abkommen über gewisse zwischen den beiden Ländern strittige Grenzfragen im Raume von Kaschmir unterzeichnet und fühlte sich nun als Freund und Verbündeter der großen Volksrepublik, die — so hieß es in Pakistan — anderes zu tun habe, als sich in indisches Gebiet hinein auszudehnen. Eine ähnliche Haltung nahmen die Kleinstaaten im Himalaja ein, auf die der chinesische Sieg über Indien im letzten Herbst gewaltigen Eindruck gemacht hatte und die sich darum von einer indischen Unterstützung gegenüber China nichts versprachen. Indien war isoliert und die Himalajagrenze von Pakistan bis Burma neutralisiert — ein nachhaltiger Erfolg Chinas, das an Ansehen und Einfluß in ganz Süd- und Südostasien innert kürzester Zeit erstaunlich gewonnen hat.

Das Ergebnis der Einmischung Amerikas und Englands in den indisch-chinesischen Grenzstreit ist also: Indien zeigt keine ernsthafte Neigung, China anzugreifen. So wenig es auch bereit ist, auf der von Peking vorgeschlagenen Grundlage zu verhandeln, so liegt ihm doch an einer Kraftprobe mit China — die nur zu einer neuen, noch schwereren Niederlage gegenüber dem nördlichen Nachbar führen könnte — lange nicht soviel, daß es deswegen auf sein Stück Kaschmir verzichten würde. Es ist sogar über den Druck, den die angelsächsischen Mächte auf die Regierung von Delhi ausübten, sichtlich verärgert und unterstreicht neuerdings seine Entschlossenheit, keinem der beiden großen Machtlager beizutreten, zumal es auch von der Sowjetunion weiterhin Wirtschaftshilfe annimmt. Pakistan ist anderseits verstimmt und mißtrauisch gegenüber dem Westen und legt betonten Wert auf gute Beziehungen zu China. China aber tritt in Süd- und Südostasien immer stärker als Gegenspieler der Vereinigten Staaten auf. Die amerikanischen Stützpunkte in Südvietnam, Thailand, Japan und Südkorea hindern China nicht, seinen Einfluß in den Himalajastaaten, in Burma, in Laos und besonders in Indonesien zu steigern, wo der chinesische Staatspräsident auf seiner kürzlichen Südostasienreise mit allen Zeichen der Sympathie bewillkommnet wurde, wenn auch die jüngsten Ausschreitungen auf Java gegen die chinesischen Handelsgeschäfte die Harmonie etwas getrübt haben. An einen militärischen Angriff auf Indien oder auch ein anderes asiatisches Land denkt freilich in Peking kein Verantwortlicher — schon darum nicht, weil damit nur wieder in die Hände der Westmächte gespielt würde, die sofort die Gelegenheit wahrnehmen wür-

den, einen neuen «Koreakrieg» zu entfesseln*. Wenn *etwas* geeignet wäre, China «ungefährlich» zu machen, so wäre es nicht kriegerische Machtentfaltung der Westmächte und ihres Werkzeugs Tschiang Kai-schek, sondern Aufnahme der Pekinger Volksrepublik in die Vereinten Nationen, in denen sie mindestens soviel Recht auf Sitz und Stimme hat wie etwa Thailand, Dahomey oder San Salvador . . .

Afrika geht seinen Weg Was aber auch die Westmächte in Ost- und Südostasien noch alles unternehmen werden: sicher ist, daß die asiatischen Völker *alle* ihre volle Unabhängigkeit von kolonialer und kapitalistischer Beherrschung erkämpfen und mit Riesenschritten einem gehobenen, menschenwürdigen Leben entgegengehen werden. Das gleiche gilt von *Afrika*. Gerade jetzt ist *Kenya* an der Reihe, seine politische Selbständigkeit zu gewinnen. Die ersten Wahlen unter der neuen Verfassung, zu deren Inkraftsetzung Großbritannien endlich die Hand geboten hat, haben der von Jomo Kenyatta geführten Afrikanischen Nationalpartei die Mehrheit in der Kammer und die Hälfte der Sitze im Senat eingebracht. Und der britische Gouverneur hat nicht gezögert, Kenyatta mit der Bildung der neuen, rein afrikanischen Regierung zu betrauen, die auch Außenpolitik, Militärwesen und Polizei in ihre Hände bekommt. Die förmliche Erklärung der Unabhängigkeit Kenyas wird im nächsten Jahr erfolgen.

Die Wendung der Dinge in dieser großen und so bitter umkämpften ehemaligen britischen Kolonie ist gewaltig. Jomo Kenyatta war ja bis vor zwei Jahren Gefangener der Engländer. Als angeblicher Mitverantwortlicher für den wild-fanatischen Mau-Mau-Aufstand war er 1953 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden, saß davon sechs Jahre im Kerker ab und bekam dann einen Zwangsaufenthalt angewiesen, aus dem er nach zwei Jahren entlassen wurde. Heute ist er, 73 Jahre alt, der erste schwarze Ministerpräsident von Kenya!

Die Aufgabe der neuen Regierung ist freilich schwer. Die Zusammenarbeit unter den sich befehdenden Stämmen und Parteien, deren Vertretern Kenyatta sofort Posten in der Regierung anvertraut hat, stellt hohe Anforderungen an Verträglichkeit und Weitsicht. Dazu kommt, daß die nördlichen, rassisch zu den Somalinegern gehörigen Stämme den politischen Anschluß an Somalia erstreben. Und dann die Notwendigkeit, Kenya wirtschaftlich zu entwickeln, die Bevölke-

---

* In unserer Presse wird ständig behauptet, die Chinesen beteiligten sich mit irregulären Truppen an den Kämpfen in Laos und Südvietnam. Es verdient deshalb vermerkt zu werden, daß nach der «Washington Post» (6. März) ein Mann, der es wissen kann, nämlich der amerikanische General Paul D. Harkins, Kommandant der USA-Streitkräfte in Südvietnam, an einer Pressekonferenz in Saigon sagte, die Rebellen würden offenbar *nicht* planmäßig aus Nordvietnam, China oder sonstwoher verstärkt oder versorgt. Ihre Waffen stammten anscheinend aus ihrer Kriegsbeute oder seien in Südvietnam selber hergestellt worden.

rung geistig und sozial auf die Höhe zu bringen, Armut, Krankheit und Unwissenheit zu überwinden — das verlangt Anstrengungen, die fast über die Kräfte der Führerschaft des jungen Staates hinausgehen!

Aber Kenya wird dabei einen Rückhalt an den übrigen afrikanischen Ländern haben. Daß sich *sämtliche unabhängige Staaten Afrikas* Ende Mai in Addis-Abeba, der Hauptstadt Äthiopiens, zu einer ersten *großen Tagung* zusammenfinden konnten, ist an sich schon ein ermutigendes Zeichen für den Lebens- und Einheitswillen des Schwarzen Erdteils. Gewiß kam es an der Konferenz im Grunde zu nicht viel mehr als einer Kundgebung der Entschlossenheit, die letzten Reste des Kolonialismus und der Herrschaft einer weißen Minderheit — in Südrhodesien, Angola, Mozambique und Guinea, diesen portugiesischen «Provinzen», sowie Südafrika — auszutilgen. Aber es ist doch bedeutsam, daß über all die Verschiedenheiten rassischer und sozialer, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und religiöser Art hinweg eine solche Einheitsäußerung möglich war und damit ein Anfang zur Zusammenführung der bisherigen drei afrikanischen Staatengruppen (Casablanca-, Monrovia- und Brazzaville-Block) gemacht wurde.

Südrhodesien macht gegenwärtig am meisten diplomatische Schwierigkeiten. Die Zentralafrikanische Föderation — Süd- und Nordrhodesien samt Nyassaland — ist zwar so gut wie aufgelöst. Nordrhodesien und Nyassaland werden als unabhängige, von Afrikanern regierte Länder dem britischen Staatenbund (Commonwealth) beitreten. Aber nachdem der Plan, die acht Millionen Schwarze im Rahmen der Föderation unter der Herrschaft der 800 000 Weißen zu halten, klar gescheitert ist, sucht die sehr tatkräftige und gewalttätige weiße Minderheit in Südrhodesien wenigsten dieses Siedlungsland für sich zu retten. Die Frage ist nur, ob sie die Unabhängigkeit Südrhodesiens bedingungslos zugestanden erhält oder ob die britische Regierung auf ihrem bisherigen Entschluß beharrt, Südrhodesien erst dann zur Unabhängigkeit zu erheben, wenn die weiße Minderheit zuvor der afrikanischen Mehrheit den Weg zur Macht freigegeben habe.

Auf die Länge bedrohlicher steht es in den *portugiesischen* Kolonien. Die grausame Unterdrückung des Aufstandes in Angola hat nur die Folge gehabt, daß die schwarze Nationalbewegung hier wie in Mozambique und Guinea sich umsichtig und umfassend neuorganisiert. Wenn nicht die Vereinten Nationen wider Erwarten doch noch wirksam eingreifen, wird es darum eben erneut zu einem blutigen Kampf mit den portugiesischen Sklavenhaltern kommen, der von beiden Seiten mit letzter Wildheit geführt werden wird, dessen Ausgang aber nicht zweifelhaft sein kann.

Am gefährlichsten ist die Lage in der *Südafrikanischen Union.* Die burisch-britische Minderheit ist bis an die Zähne bewaffnet und verschärft ihre Schreckensherrschaft zusehends. Da auch hier die

UNO unter dem Druck der Westmächte nichts Wirksames vorkehren wollte, ist jetzt eine internationale Boykottbewegung gegen die weißen Rassenfanatiker in Gang gebracht worden, die natürlich vor allem von den unabhängigen afrikanischen Staaten getragen wird. Wieweit sie Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Inzwischen wächst die Gefahr immer mehr, daß der mutwillig überheizte und aller Ventile bare Kessel einfach explodiert und ein gräßliches Schlachten beginnt, an dessen Ende die «Herrenrasse» unvergleichlich viel schlechter dastehen wird, als wenn sie ihre Apartheid-Politik aus freien Stücken zu mildern begänne und schließlich ganz aufgäbe. Es ist dazu vielleicht doch noch Zeit.

In welchen Formen sich die Einigung Gesamtafrikas nach der vollständigen Abschüttelung der Herrschaft der Weißen vollziehen wird, darüber kann man nur Vermutungen anstellen. Wahrscheinlich wird der Weg zur politischen Einigung über regionale Verbindungen wirtschaftlicher und sozialer Art gehen. Eine gewisse Vereinheitlichung und Zusammenarbeit dürfte sich dabei schon aus dem Umstand ergeben, daß die Gesamtrichtung in den meisten afrikanischen Ländern auf irgendeine Art *Sozialismus* hingeht. Besonders bewußt und radikal ist diese Strömung in Ghana. «Es ist bezeichnend», so schrieb vor einiger Zeit das ghanesische Wochenblatt «The Spark» («Der Funke»), «daß alle aufstrebenden Nationen Afrikas vom Sozialismus als der ideologischen Grundlage reden, auf dem ihre neuen Systeme errichtet und ausgestaltet werden müßten. Wenn auch viele unter den neuen afrikanischen Nationen weiterhin unter dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß ihrer ehemaligen kolonialistischen Herren bleiben, so redet auch nicht ein einziger von diesen Staaten davon, daß der Kapitalismus eine angemessene Entwicklungsform für sie sein könne. Einige versuchen immerhin ihre kapitalistischen Absichten hinter sozialistischen Losungen zu verbergen ... Auch die zurückgebliebenen Länder können vermittels des Sozialismus rasch ihre Rückständigkeit überwinden, die modernen Industrien aufbauen, die sie brauchen, und die Ungleichheiten ausebnen, die sie von den industrialisierten Ländern trennen ... In weniger als einem Jahrzehnt wird Afrika vollständig sozialistisch sein.»

Johannes XXIII. Und nun ist kurz vor Abschluß dieser Rundschau, nach zähem Kampf seiner Bauernnatur mit dem Tod, am Pfingstmontagabend *Papst Johannes der Dreiundzwanzigste* doch seinem schweren Leiden erlegen. Er war ein außergewöhnlicher Papst. Nicht einmal fünf Jahre hat er die katholische Kirche regiert, aber er hat sie in dieser kurzen Zeitspanne in eine Richtung gedrängt, die sie kaum mehr aufzugeben vermag. Das zweite vatikanische Konzil und das Rundschreiben «Pacem in terris», das wir hier im Maiheft besprochen haben, legen dauerndes Zeugnis von seinem Streben ab, die Romkirche innerlich zu erneuern

und sie auch äußerlich in einen gewissen Gleichschritt mit den großen, vorwärtsstürmenden Bewegungen unserer Zeit zu bringen. Auf beiden Gebieten war Johannes XXIII. — und ist jeder römische Papst — dogmatisch gebunden; die Grenzen seiner Reformtätigkeit waren offenkundig und wurden auch von ihm geachtet. Aber dank seinem aufgeschlossenen Verstand, seiner menschlichen Güte und Wärme, seiner Bereitschaft, sich von Gott führen zu lassen, hat er innerhalb des Katholizismus all die Kräfte ermutigt, die für politische Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Abrüstung und Völkerfrieden einstehen. Er hat damit nicht nur seiner Kirche, sondern der christlichen Botschaft selbst neue Glaubwürdigkeit verliehen, und das wird ihm auch bei Nichtkatholiken, die in der gleichen Richtung arbeiten, dauernde Hochachtung und Verehrung eintragen.

8. Juni *Hugo Kramer*